

Sessionsbericht Sommersession 2010

Datum Juni 2010

Von Martin Bäumle

Revision CO2-Gesetz und Volksinitiative für ein gesundes Klima

Die Sommersession begann mit einer harten und langen Diskussion zu den Klimazielen und Massnahmen. Zwar wurden ganz knapp die klimapolitisch notwendigen Minimalziele CO₂-Ziele der UREK beschlossen, welche massgeblich durch die glp mitgeprägt waren. Leider blieben die dazugehörigen Massnahmen ungenügend. Positiv zu würdigen ist die Weiterführung der CO₂-Abgaben auf Brennstoffen und die erfolgreich angelaufene Teilzweckbindung für Gebäudesanierungen. Aber leider hat das Parlament es verpasst, beim Verkehr notwendige Massnahmen zu beschliessen und ist hinter das Gesetz und die EU zurückgefallen. Schwache Zielwerte für Neuwagen und die Ablehnung einer CO₂-Abgabe auf Treibstoffen sind das enttäuschende Resultat. Nun müssen die Grünliberalen auf die Tatkraft der CVP-EVP-glp-Fraktion im Ständerat hoffen, der in der Herbstsession einerseits klar die klimapolitisch richtigen Ziele bestätigen und die Massnahmen v.a. im Verkehr nachbessern soll (d.h. die nach bisherigem Gesetz mögliche CO₂-Abgabe beibehalten und die EU-Zielwerte für die Neuwagenflotte von 130 g CO₂/km übernehmen).

Amtliches Bulletin:

http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/n/4814/325759/d_n_4814_325759_325768.htm (CO₂-Gesetzrevision)

http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/n/4814/325759/d_n_4814_325759_325834.htm (Für ein gesundes Klima)

glp Medienmitteilung:

http://www.grunliberale.ch/doku/medien/2010/mm20100601fr_klima.pdf

Parlamentarische Untersuchungskommission & Staatsvertrag

Noch am gleichen ersten Tag verhandelt der Nationalrat über die Notwendigkeit einer parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) im Zusammenhang mit den Vorgängen bei der Bewältigung der Finanzkrise bzw. der UBS-Affäre. Auf die transparente wie unabhängige Abklärungen der Vorgänge seitens der Behörden wie auch der UBS legen die Grünliberalen grossen Wert. Der ausführliche GPK-Bericht mit seinen Empfehlungen und Schlussfolgerungen wird diesem Anspruch für den Teil der Behörden gerecht. Die Grünliberalen sehen deshalb kaum Mehrnutzen einer PUK und fürchten eher, dass unnötige Kosten entstehen und personelle Ressourcen gebunden werden statt Massnahmen umgesetzt werden. Obwohl der Nationalrat einer PUK bei Enthaltung der Grünliberalen zustimmt, lehnt eine Woche später der Ständerat trotz Zustimmung unserer beiden Ständeräte diese Initiative aus dem Nationalrat deutlich ab. Damit können sich die Räte um die wichtige Aufgabe kümmern, wie eine solche Krise in Zukunft vermieden werden kann (too big to fail) und wie sich der Finanzplatz aktiv weiterentwickeln soll (Weissgeldstrategie).

Das inhaltlich am stärksten mit der PUK-Frage verlinkte Thema, nämlich der Staatsvertrag mit den USA, wurde im Nationalrat für die zweite Sessionswoche traktandiert. Wie medial angekündigt, verknüpften linke wie rechte Polparteien ihre Zustimmungen zum Vertrag an Forderungen, die nur am Rande mit der Sache zu tun hatten. Die Mitte wollte sich zu Recht nicht erpressen lassen und akzeptierte keine Bedingungen. Nach einem zähen Verhandlungspoker stimmte am Ende auch der Nationalrat dem Staatsvertrag zu, dies nachdem in der SVP-Fraktion fast 50 Ratsmitglieder enthielten und damit einer Zustimmung auch ohne das geforderte Referendum nicht mehr im Wege standen. Mit einem Referendum wäre die Erfüllung des Vertrags faktisch verunmöglicht worden, weil die Frist mit den USA nicht hätte eingehalten werden können. Nach einer Einigungskonferenz mit Mitgliedern aus National- und Ständerat stimmten am Ende beide Räte für den Staatsvertrag ohne Referendum.

Damit wurde ein wichtiger Schritt zur Beruhigung für den Finanzplatz Schweiz erreicht und ein unabwägbares Risiko für die UBS, für weitere Banken und v.a. auch indirekte Auswirkungen auf andere Schweizer Firmen in den USA abgewendet.

Es bleibt ein schaler Nachgeschmack aus dieser Debatte bestehen, dass ausser der glp alle Parteien fast einen Scherbenhaufen in Kauf genommen hätten, um entweder ihre erpresserischen Forderungen durchzudrücken oder um einen Gesichtsverlust durch ein Nachgeben zu vermeiden.

Amtliches Bulletin:

http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/n/4814/328820/d_n_4814_328820_328821.htm (Einsetzung einer PUK)

http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/n/4814/328391/d_n_4814_328391_328392.htm (Staatsvertrag)

glp Medienmitteilungen:

http://www.grunliberale.ch/doku/medien/2010/mm20100531de_gpk.pdf (Einsetzung einer PUK)

http://www.grunliberale.ch/doku/medien/2010/mm20100608de_staatsvertrag.pdf (Staatsvertrag)

Ausschaffungsinitiative

Bevor der Nationalrat mit der Debatte beginnen konnte, musste zuerst über die grundsätzliche Gültigkeit des Initiativtextes entschieden werden. Die Grünliberalen stellen sich der inhaltlichen Frage und wollen nicht mit einer primär politisch motivierten Ungültigkeitserklärung den gestellten Fragen ausweichen. Entscheidend für die Grünliberalen bezüglich Gültigkeit ist die Einhaltung des zwingenden Völkerrechtes und der Bundesverfassung. Da die Initiative mit diesen Grundprinzipien als umsetzbar betrachtet wird, haben die Grünliberalen in Analogie zur bisherigen Praxis die Gültigkeit bejaht.

Eine Ausweisung darf nur dann erfolgen, wenn sie mit der EMRK, dem UNO Paktes II oder der Kinderrechtskonvention vereinbar ist. Nur so ist sie humanitär vertretbar. Die Ausschaffungsinitiative der SVP streift diese Grundrechte zu stark bzw. lässt dies zu offen. Zudem ist die Initiative zu wenig differenziert formuliert und schafft problematische Ungleichheiten. Deshalb haben die Grünliberalen diese abgelehnt. Stattdessen unterstützen sie den Gegenvorschlag der Kommission. Ausländerinnen und Ausländer sind wichtige Stützen der Schweizer Wirtschaft. Nicht nur deshalb, erachten die Grünliberalen eine gut durchmischte Bevölkerung als eine Bereicherung. Ein gut funktionierendes Zusammenleben erfordert allerdings die Respektierung von Grundwerten und Regeln. Hält man sich nicht an die Regeln, müssen Konsequenzen folgen. Bei der Frage des Sozialhilfemissbrauchs hätten die Grünliberalen eine härtere Praxis in einem Gegenvorschlag unterstützt, um der Initiative den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Amtliches Bulletin:

http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/n/4814/326638/d_n_4814_326638_326639.htm

glp Medienmitteilung:

http://www.grunliberale.ch/doku/medien/2010/mm20100602de_ausschaffung.pdf

Risikoprämie der Kernkraftwerke für erneuerbare Energien einsetzen

Jeder Unternehmer versichert drohende Gefahren und Risiken mit einer Haftpflichtversicherung. Einzig die Kernkraftwerke sind von dieser Regel ausgeschlossen. Die Risiken der Kernkraftwerke, obwohl ungleich höher als bei einem anderen Unternehmen, trägt mehrheitlich der Staat. Also besteht zugunsten der Kernenergie eine Marktverzerrung. Diesem Ungleichgewicht hätte Martin Bäumle's parlamentarische Initiative entgegen wirken sollen. Die Erhebung einer Risikoprämie von 5 Rappen pro Kilowattstunde Atomstrom hätte dem Risiko der KKW einen marktwirtschaftlichen Preis gegeben. Weil das Geld in Anlagen für die Gewinnung erneuerbaren Elektrizität investiert worden wäre, hätten sich diese Risiken zeitgleich schrittweise eliminiert. Leider ist das Parlament nicht an einer Kostenwahrheit interessiert und lehnt die Initiative ab. Die Grünliberalen sind enttäuscht und finden weiterhin, dass auch dieses Risiko adäquat versichert werden muss und werden sich dafür einsetzen, dass alle Energieformen fern von Partikularinteressen mit

voller Kostentransparenz und mit gleichen Ellen gemessen werden

http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/n/4814/328391/d_n_4814_328391_328646.htm

glp Medienmitteilung:

http://www.grunliberale.ch/doku/medien/2010/mm20100610de_akw.pdf

Unterstützung der Managed Care-Vorlage

Obwohl der Handlungsbedarf für einen Systemwechsel in der Gesundheitspolitik offensichtlich ist, konnte bisher das Krankenversicherungsgesetz nicht revidiert werden. Jahrelang wurde Änderungsbestrebungen durch verschiedene Interessensgruppen blockiert. Mit der Vorlage zu einer integrierten Versorgung (Managed Care) wird nun ein erster wichtiger Schritt zur Revision gemacht. Die Grünliberalen unterstützen die Vorlage, als Schritt in die richtige Richtung, obwohl sie sich noch mehr Wettbewerb wünschten.

Grundsätzlich wünschten sich die Grünliberalen eine weiter gehende Reformation im Gesundheitswesen. Die Wahlfreiheit der Versicherten muss erhalten bleiben und die Vertragspflicht der Versicherer gegenüber den Leistungserbringern eingeschränkt bzw. aufgehoben werden. Nur so kann ein echter Wettbewerb im Gesundheitswesen entstehen. Die Grünliberalen sind überzeugt: Nur echter Wettbewerb senkt die Gesundheitskosten ohne, dass Qualitätseinbussen oder eine Zweiklassenmedizin zu befürchten sind.

Amtliches Bulletin:

http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/n/4814/330966/d_n_4814_330966_331036.htm

glp Medienmitteilung:

http://www.grunliberale.ch/doku/medien/2010/mm20100617de_care.pdf

Waffeninitiative

Der Nationalrat hat nach intensiver Debatte die Waffeninitiative deutlich abgelehnt. Dennoch befürworten die glp Parlamentarier im Rat die Initiative, die will, dass der Waffenbesitz geregelt wird und die Ordonanzwaffen im Zeughaus aufbewahrt werden. In Bezug auf die Waffendichte liegt die Schweiz weltweit auf Platz 3, hinter den USA und dem Jemen. Die Selbstverständlichkeit im Umgang mit Waffen ist erschreckend. Natürlich ist die Präsenz der Waffen oder die Heimaufbewahrung der Dienstwaffe nicht der alleinige Grund für Suizide oder für häusliche Gewalt. Die Waffe ist aber Mittel zum Zweck. Je weniger Mittel zur Verfügung stehen, je schwieriger gestaltet sich die Ausführung des Zwecks. Die Grünliberalen Parlamentsmitglieder sind überzeugt, dass die geringere Verfügbarkeit von Waffen einen Beitrag zur Senkung der Gewalt in der Schweiz leistet und unterstützen deshalb die Initiative.

Die Waffeninitiative wird nun in der Herbstsession vom Ständerat behandelt und kommt anfangs 2011 vor das Volk.

Amtliches Bulletin:

http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/n/4814/331518/d_n_4814_331518_331519.htm

glp Medienmitteilung:

http://www.grunliberale.ch/doku/medien/2010/mm20100618de_waffeninitiative.pdf